Montag, 4. März. № 9. 1867. — 4. Jahrgang.

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Montag früh. Preis vierteljährlich bei allen Preuß. Postanstalten 4 1/2 Sgr., bei den außerpreußischen Postanstalten 7 3/4 Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Taubenstr. 27, 4 1/2 Sgr. Inserate die Zeile 2 Sgr.

Die Thronrede.

Wenn die Thronrede das einzige Aktenstück wäre, aus welchem wir die Pläne der Regierung für den norddeutschen Bund erkennen müßten, so würden wir mit einer gewissen Zuversicht in die Zukunft sehen, denn der Inhalt und der Ton derselben berechtigt zu dem Glauben, daß die Endziele der Regierung nicht allzufern liegen von denen der liberalen Partei.

Der König spricht von der vergangenen Größe Deutschlands und von den Bestrebungen, die frühere Macht und Größe wiederzugewinnen. Indem er betont, daß die Regierung die Nothwendigkeit erkannt habe, „die Einigung des deutschen Volkes an der Hand der Thatsachen zu suchen, und nicht wieder das Erreichbare dem Wünschenswerthen zu opfern", giebt er all denen eine Lehre, welche sich in ihrem Eifer, die Thaten der Regierung zu loben, nicht mäßigen konnten, und die Trennung Norddeutschlands von Süddeutschland als das Beste und das Wünschenswertheste Tag für Tag anpriesen. Man sieht, die Regierung ist sich wohl bewußt, daß das ganze Deutschland das „Wünschenswerthe" ist, und wir dürfen daraus wohl die Hoffnung schöpfen, daß sie dieses „wünschenswerthe" Ziel niemals aus den Augen verlieren wird. In diesem Sinne fassen wir auch die Worte auf, welche von den Beziehungen zu Süddeutschland handeln, und wenn der König sagt, „die Ordnung der nationalen Beziehungen des Norddeutschen Bundes zu unsern Landsleuten im Süden des Main ist durch die Friedensschlüsse des vergangenen Jahres dem freien Uebereinkommen beider Theile anheimgestellt. Zur Herbeiführung dieses Einverständnisses wird unsere Hand den süddeutschen Brüdern offen und entgegenkommend dargereicht werden, sobald der Norddeutsche Bund in Feststellung seiner Verfassung weit genug vorgeschritten sein wird, um zur Abschließung von Verträgen befähigt zu sein", so meinen wir, es liegt in der Absicht der Regierung, daß „die Erhaltung des Zollvereins, die gemeinsame Pflege der Volkswirthschaft, die gemeinsame Verbürgung für die Sicherheit des deutschen Gebietes eben nur „Grundbedingungen"" der Verständigung bilden sollen, welche voraussichtlich von beiden Theilen angestrebt werden". Die weiteren Bedingungen der Verständigung werden dann wohl in einer „Staatsverfassung für ganz Deutschland" zu suchen sein.

Welches soll denn aber die Verfassung für ganz Deutschland sein? Soll es der von den Regierungen vereinbarte Entwurf einer Verfassung für Norddeutschland sein?

Wenn wir das glauben müßten, so würden wir allerdings keine Hoffnung haben auf baldige Erfüllung unserer Wünsche, aber trotzdem der König selbst in seiner Thronrede so dringend zur Annahme der Vorlage mahnt, wir sind überzeugt, und die Rede selbst befestigt in uns diese Ansicht, die Regierung hält diese Verfassung nicht für das Wünschenswerthe, sondern nur für das Erreichbare. Als Regierung kann sie natürlich nur das vorlegen und zur Annahme empfehlen, was sie für erreichbar hält, aber wird sie es deßhalb ungern sehen, wenn das Parlament sein Gewicht in die Wagschaale legt, um das Wünschenswerthe zum Erreichbaren zu machen? Wir glauben dies nicht, denn sie kommt den verbündeten Regierungen gegenüber dadurch in eine bessere Lage, wenn sie ernstlich an die Einführung einer Verfassung denkt, durch welche ein wirklicher Bundesstaat mit verfassungsmäßigem Staatsleben hergestellt wird. Nur eine solche Einrichtung kann die Einigung von Nord- und Süd-Deutschland, welche wohl jeder gute Patriot von den Alpen bis zum Rande des Meeres wünscht, schnell herbeiführen, und in diesem Sinne mögen diejenigen, welche jetzt zusammensitzen und die Verfassung für Norddeutschland berathen, folgende Worte beherzigen, welche der König Wilhelm gesprochen hat: „Nur von uns, von unserer Vaterlandsliebe hängt es daher in diesem Augenblicke ab, dem gesammten Deutschland die Bürgschaften einer Zukunft zu sichern, in welcher es, frei von der Gefahr, wieder in Zerrissenheit und Ohnmacht zu verfallen, nach eigener Selbstbestimmung seine verfassungsmäßige Entwickelung und seine Wohlfahrt pflegen und

in dem Rathe der Völker seinen friedliebenden Beruf zu erfüllen vermag."

Mögen diese Hoffnungen, welche die Worte des Königs erwecken, nicht täuschen, möge die Zukunft uns recht bald zeigen, daß die dunklen Schatten, welche der vorgelegte Verfassungs-Entwurf auf die Entwicklung unserer Verhältnisse jetzt wirft, eben nur Schatten sind, welche niemals zu Körpern werden können.

Politische Wochenschau.

Preußen. Das Parlament hat in der vergangenen Woche mehrere Sitzungen unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten v. Frankenberg-Ludwigsdorf gehalten. In denselben wurde eine genügende Anzahl von Wahlen für giltig erklärt, um am Sonnabend die Präsidentenwahl vornehmen zu können. Es wurden gewählt: Abg. Dr. Simson (welcher schon in der deutschen Nationalversammlung im Jahre 1848 in dem Erfurter Parlament den Vorsitz führte,) zum Präsidenten, Abg. Herzog v. Ujest zum ersten Vicepräsidenten und den Abg. R. v. Bennigsen (der Vorsitzende des Nationalvereins) zum zweiten Vicepräsidenten.

Diese Wahl giebt Zeugniß, daß die Hoffnung der konservativen Partei auf eine dominirende Mehrheit eine trügerische gewesen ist.

Am Montag erwartet man die Vorlegung des Verfassungs-Entwurfes.

Bei den engeren Wahlen ist Herr v. Forckenbeck gegen den Grafen Bismarck in Elberfeld unterlegen, dagegen sind die übrigen engeren Wahlen in ihrer Mehrheit günstig für die liberale Partei ausgefallen. Auffallend ist, daß die Betheiligung dabei fast durchgehends eine stärkere war, als bei den ersten Wahlen.

In der letzten Zeit ist wiederum das Gerücht aufgetaucht, einer der kleineren norddeutschen Souveräne, der Fürst von Waldeck, wolle seine Souveränität an Preußen abtreten. Diese Nachricht wird offiziös als unrichtig bezeichnet. Dagegen scheint sich die Nachricht zu bestätigen, daß die Fürsten von Anhalt und von Lippe-Detmold mit Preußen Militärverträge geschlossen haben, durch welche sie ihr ganzes Militärwesen in die Hände Preußens geben, das es vollständig übernehmen und mit dem seinen verschmelzen will, und dafür nur 160 Thlr. pr. Mann statt der im Verfassungsentwurf festgesetzten 225 Thlr. verlangt. Bei dem Interesse, welches gerade das Militärbudget in Anspruch nimmt, lassen wir hier nach „Hirth's parlamentarischem Almanach" die Summen folgen, welche die einzelnen Staaten des norddeutschen Bundes für das Militärbudget zu zahlen haben werden, falls der Regierungsentwurf angenommen wird.

		Kopfzahl des stehenden Heeres.	Jährl. Kosten. Thlr.
I.	Preußen, a. alte Landestheile	192,551	43,323975
"	b. neue Landestheile	43,229	9,726525
	Summa Königreich Preußen	235,780	53,050500
II.	Sachsen	23,440	5,274000
III.	Mecklenburg-Schwerin	5,526	1,243350
IV.	" Strelitz	990	202750
V.	Oldenburg	3,144	705400
VI.	S.-Weimar	2,802	630450
VII.	Hessen nördl. des Mains	2,525	568125
VIII.	Braunschweig	2,927	658575
IX.	Anhalt	1,930	434250
X.	S.-Meiningen	1,781	400725
XI.	S.-Coburg-Gotha	1,645	370125
XII.	S.-Altenburg	1,418	319050
XIII.	Lippe-Detmold	1,113	250425
XIV.	Waldeck	591	132975
XV.	Schwarzburg-Rudolstadt	738	165050
XVI.	" Sondershausen	662	148950
XVII.	Reuß jüng. Linie	865	194625
XVIII.	Schaumburg-Lippe	314	70650
XIX.	Reuß ält. Linie	439	98775
XX.	Hamburg	2,299	517275
XXI.	Lübeck	506	113850
XXII.	Bremen	1,041	234225
	Summa	292,477	65,807325

Durch die Blätter geht die Nachricht, daß die Regierung sich mit der Frage wegen Aufhebung der Spielbank in Wiesbaden beschäftigt. Hoffentlich wird das Resultat die endliche Beseitigung dieses Instituts sein.

Der frühere König von Hannover hat sich endlich entschlossen, mit der preußischen Regierung in Unterhandlung zu treten wegen der Regulirung seines Privatvermögens; ein gleiches wird vom ehemaligen Herzog von Nassau gemeldet.

Bayern. Die Ultramontanen und die Großdeutschen thun alles mögliche, um das Ministerium Hohenlohe zu stürzen; jetzt haben sie das alberne Gericht verbreitet, der Minister unterhandle mit der preußischen Regierung, um die bayerische Souveränität an Preußen abzutreten.

Oesterreich. Bis jetzt deuten noch alle Anzeichen darauf hin, daß die Regierung den eingeschlagenen Weg der konstitutionellen Regierung mit Ernst verfolgen will; hoffentlich werden die Deutschen die traurigen Erfahrungen früherer konstitutioneller Perioden nicht vergessen haben, und die konstitutionelle Neigung der Regierung benutzen, um sichere Garantien für die Zukunft zu gewinnen.

Die ungarische Frage, deren Lösung endlich nach langen Versuchen gefunden schien, droht neue Schwierigkeiten zu bereiten, indem die Kroaten gegen die Vereinigung mit Ungarn protestiren.

Frankreich. Die neue Freiheit läßt noch immer auf sich warten; was bis jetzt über das Preßgesetz verlautet, erweckt keine großen Hoffnungen. — In Paris ist man vor allem jetzt mit den Vorbereitungen für die Ausstellung beschäftigt. Ob dieselbe alle gehegten Erwartungen erfüllen wird, muß bezweifelt werden, da die getroffenen Einrichtungen sehr mangelhaft sein sollen.

Italien. In Italien scheint man durch die Erwerbung Venetiens noch nicht befriedigt zu sein, man richtet jetzt sein Augenmerk auf Südtyrol.

Spanien. Das Land ist noch immer ruhig.

England. Die Regierung hat in der Reformfrage in so weit nachgegeben, daß sie jetzt ein Reformgesetz vorlegen will. Die Ideen, welche für die Regierung dabei maßgebend sein werden, gehen aus der Rede hervor, mit welcher der Minister Disraeli die anfänglich vorgelegten Resolutionen erläuterte. Er führte aus, daß die frühere Reformakte die Mittelklasse zur Theilnahme an der Herrschaft berufen, aber das Recht der Arbeiterklassen ganz vernachlässigt habe.

Um dieses Unrecht wieder gut zu machen und das alte Gleichgewicht wieder herzustellen, wolle die Regierung vier neue Stimmrechtsbefähigungen vorschlagen. Sie wolle zum Stimmrecht berufen: 1) Jeden, der einen akademischen Grad erlangt hat, der dem geistlichen Stande angehört und Personen ähnlicher Befähigung; 2) Jeden, der die Summe von 30 Pfd. (200 Thlr.) ein Jahr lang in einer Sparkasse liegen hat; 3) Jeden, der 50 Pfd. (333¼ Thlr.) in Staatspapieren angelegt hat; und 4) Jeden, der 20 Schill. (6⅔ Thlr.) directe Steuer zahlt. Was die vier neuen Zensusarten betrifft, so würde die erste die Zahl der Wähler im Burgflecken um 10,000, die zweite um 35,000, die dritte um 7000 und die

vierte um 30,000 vermehren. Den alten Burgflecken-Zensus wolle er von 10 Pfd. (66⅔ Thlr.) Miethe auf 6 Pfd. (40 Thlr.) Abgaben-Schätzung ermäßigen (d. h. auf ungefähr 8 Pfd. [53⅓ Thlr.] Miethe). Diese Ermäßigung würde den Burgflecken in England und Wales 130,000 neue Wähler geben. Indem er die neuen Zensusklassen auch in den Grafschaften einführen und den alten Grafschaftszensus von 50 Pfd. (333⅓ Thlr.) auf 20 Pfd. (133⅓ Thlr.) herabsetzen will, denkt er wieder 82,500 neue Wähler zu schaffen. In runder Zahl würde die Gesammtvermehrung der Wähler 400,000 betragen. — Die Ideen der Regierung finden bei den Liberalen keine günstige Aufnahme.

Türkei. Der Aufstand in Kandia ist unterdrückt, aber aus diesem Siege scheint der hohen Pforte eine noch größere Gefahr zu erwachsen, als in dem Aufstand selbst lag. Der Vicekönig von Aegypten, durch dessen Hilfe hauptsächlich die Unterdrückung des Aufstandes gelang, verlangt jetzt für seine Hilfe einen solchen Preis, daß er nach Bewilligung seiner Forderungen so ziemlich als unabhängiger Souverain dastehen würde.

Donaufürstenthümer. Die Gerüchte über Entdeckung einer Verschwörung gegen den Fürsten werden amtlich als falsch bezeichnet. Man spricht von der Vermählung des Fürsten mit einer Tochter der Königin von England.

Nord-Amerika. Es scheint fast, als ob die Anklage gegen den Präsidenten ohne Resultat verlaufen sollte.

Neueste Nachrichten.

Pest, 1. März. In der heutigen Conferenz der Linken wurde die **ministerielle Vorlage in Betreff der Steuern** mit wenigen Modifikationen angenommen. Bezüglich der Vorlage wegen Aushebung der Rekruten aber wurde verlangt, daß vorerst im Sinne der Gesetze laut Constitution und alter Prax's eine Commission entsendet werde, vor **welcher das Ministerium die Nothwendigkeit einer Rekruten-Aushebung nachzuweisen habe. — Die offizielle Mittheilung von der in der nächsten Woche bevorstehenden Ankunft des Kaisers** ist angelangt.

Pest, Sonnabend 2. März, Nachts. In seiner heutigen Abendsitzung nahm das Unterhaus die Regierungsvorlage betreffend die Rekrutenaushebung nach fast dreistündiger Debatte mit großer Majorität unverändert an.

Wien, Sonntag 3. März, Morgens. Bezüglich des neuen Pfandbriefanlehens erfährt die „Presse“, es sei zwischen der Regierung und einem Pariser Consortium eine Abmachung getroffen, wonach letzteres die ganze Summe zum Course von 69½ pCt. übernimmt. Sollte durch Ueberzeichnungen ein Mehrerlös erzielt werden, so gehört der Gewinn an der Coursdifferenz bis 71 pCt. dem Consortium allein, bis 76 wird der Gewinn zwischen der Regierung und dem Consortium getheilt.

Paris, Sonntag 3. März. Morgens. **Der „Moniteur“** meldet: Ein Rapport des Kriegsministers, Marschalls Niel, schlägt die Ernennung des Generals Ladmirault zum Kommandanten des zweiten und des Generals Goyon zum Kommandanten des sechsten Armeekorps vor. Graf Rayneval ist zum französischen Gesandten in Weimar ernannt worden. Der Schiffbruch des Transportdampfers „Gironde“ bestätigt sich. Die Mannschaft ist gerettet.

Die Zinsen für die Schatzbons sind auf 1, resp. 1½ und 2½ Prozent festgestellt worden.

Aus Berlin.

= **Aus dem Berliner Vereinsleben.** Im Lauf der vergangenen Woche hat sich die Vereinsthätigkeit wieder in höherem Maße als sonst dem kommunalen und dem wirthschaftlichen Leben zugewendet. Man müsse, meinte Herr Bram in der am Dienstag stattgefundenen Versammlung des Bezirks-Vereins Alt-Berlin, die gegenwärtige politische Ruhe, die sich nach der endlich erfolgten Bestätigung der Stadträthe auch auf kommunalem Gebiete geltend mache, dazu benutzen, um die innern häuslichen Angelegenheiten aufmerksamer in's Auge zu fassen. In dieser Beziehung sei namentlich von der Bürgerschaft auf die Ablehnung der projectirten Erhöhung der Miethssteuer hinzuwirken. Erfreulicher als diese sei die vom Magistrate beabsichtigte Umwandlung der Armenschulen in Gemeindeschulen. In der an die Erörterungen des Herrn Bram sich knüpfende Debatte wurde beschlossen, die Berathung der Miethssteuerangelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen, und die Stadtverordneten des Bezirks zu derselben einzuladen.

Auch andere Bezirksvereine beschäftigen sich mit der brennenden Frage der Erhöhung der Miethssteuer und die Vereine der Stadtbezirke von 137 bis 141 und der Hamburger Vorstadt beschlossen, geradezu einen Protest gegen diese Erhöhung bei der Stadtverordneten-Versammlung einzulegen, indem sie sich mit dem bloßen Petitioniren nicht begnügen wollten.

Von einigen Vorschuß-Vereinen wurde im Laufe der Woche die vierteljährliche Generalversammlung abgehalten und haben diese den Beweis geliefert, daß die Behauptung derjenigen falsch ist, welche Berlin für nicht geeigneten Boden für die Schöpfungen von Schulze-Delitzsch erklärten. So fand am Montag die ordentliche Generalversammlung der Darlehnskasse des Jerusalemer Straßenbezirks statt, in welcher die Feststellung des Jahresberichts und die Neuwahl des Vorstandes erfolgte. Der Verein, der nur einen kleinen Bezirk umfaßt, gab im verflossenen Jahre an seine Mitglieder 1720 Thlr. an Darlehen. Die gezahlten Beiträge der Mitglieder betrugen 315 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf. An demselben Tage fand die Generalversammlung des Konsum-Vereins Berlin statt, in der außer einer theilweisen Aenderung der Statuten auch die Neuwahl resp. die Wiederwahl des Vorstandes erfolgt ist.

Die herrschende Hypothekennoth versammelte am Dienstag wieder eine Anzahl von Hauseigenthümern unter dem Vorsitz des Bezirksvorstehers May, um die Begründung eines Pfandbrief-Instituts für die Berliner Hauseigenthümer zu berathen. Es wurde beschlossen, nach vierzehn Tagen eine Generalversammlung anzuberaumen, zu welcher sämmtliche Hauseigenthümer Berlins eingeladen werden sollen.

Ganz ohne Politik ist indeß diese Woche nicht vorübergegangen. In der Montagsitzung des Arbeiter-Vereins hielt Herr Heinrich Steinitz einen Vortrag über den Ausfall der Wahlen, in welchem er die Ursachen der Wahlniederlagen der liberalen Partei zu erörtern suchte. Einestheils fand er dieselben in dem Umstande, daß das neue Wahlgesetz, aus einem ganzen System freiheitlicher Garantien herausgerissen, ohne die nöthigen Stützen des freien Vereinsrechtes und der freien Presse dasteht, und in den Mängeln des Wahlreglements, welches namentlich auf dem Lande das Geheimniß der Stimmabgabe vielfach vereitle; dann aber auch in der Lässigkeit der liberalen Partei, welche das directe Wahlrecht in ähnlicher Weise habe behandeln wollen, wie das indirecte. Das directe Wahlrecht verlange namentlich unter den in Preußen obwaltenden Verhältnissen, wo der Regierungspartei der ganze Beamten-Apparat gewissermaßen zur Verfügung stehe, das volle Eintreten der Persönlichkeit des Kandidaten, energische und geschickt organisirte Thätigkeit der liberalen Partei vor der Wahl und vor allen Dingen

auch Opfer an Geld, um diese Thätigkeit ins Werk zu setzen. In allen diesen Beziehungen könne die konservative Partei als Muster dienen, die selbst an den verlornen Posten Berlin bedeutende Summen in Agitationsmitteln verwendet habe. Doch würde das Volk den Gebrauch des demokratischen Wahlrechts schon lernen. Redner forderte schließlich zu einer Petition an den Reichstag auf, um Prüfung des Wahlreglements und Bewilligung der Diäten für die Reichstags-Abgeordneten.

= In den letzten Wochen sind in Berlin wiederum mehrere Cholera-Erkrankungen, einige sogar mit tödtlichem Ausgang, vorgekommen. Wir machen daher sowohl unsere Leser, als auch die Sanitätsbehörden darauf aufmerksam, wie dringend nothwendig es ist, die im vorigen Sommer mit so vielem Erfolg ausgeführte Desinfektion wieder zu beginnen. Wenn man jetzt Abends nach 10 Uhr durch die Straßen geht, so kann man sich überzeugen, daß dieselbe leider ganz aufgegeben worden ist. Unzweckmäßig wäre es, damit zu warten, bis die Seuche wieder eine größere Ausbreitung erlangt hat.

= Die Omnibusgesellschaft wird eine neue Aenderung vornehmen; es sollen Abonnements-Billets eingeführt werden, welche beim Bezahlen in eine geschlossene Büchse gethan werden, so daß dem Kondukteur die Möglichkeit einer Unterschlagung genommen ist. Ueber den Preis der Abonnements-Billets verlautet noch nichts.

= Anläßlich des Mordes, welcher hier an einem Bäcker-Lehrling verübt worden ist, erheben sich wiederum viele Stimmen, welche eine Vermehrung der Polizeibeamten fordern. Wir glauben, daß eine solche, mit ganz bedeutenden Kosten verbundene Maßregel nicht nothwendig sein wird, wenn das Princip, die Sicherheitsbeamten nur zu den Dienstleistungen zu verwenden, welche direkt auf den Sicherheitszustand der Stadt Bezug haben, immer mehr zur Geltung gelangt.

= Am heutigen Tage soll noch eine neue Volksküche eröffnet werden. Die schon bestehenden Küchen erfreuen sich einer stets wachsenden Theilnahme. Das Eingehen der in der Gegend des Köpnicker Thores gelegenen Volksküche darf man nicht als ein Zeichen der geringen Theilnahme betrachten; die Küche wird wahrscheinlich in kurzem an einem andern Punkte in jener Gegend wieder eröffnet werden.

Vermischtes.

† Ein mecklenburgischer Gutsbesitzer, Herr v. Thünen, hat sich lange Jahre hindurch damit beschäftigt, das Gesetz des naturgemäßen Arbeitslohns zu finden. Der Tod hat ihn ereilt, ehe seine Studien ein Resultat geliefert haben, aber seine Arbeiten bieten immer eine große Menge des schätzbarsten Materials für alle wirthschaftlichen Fragen. Interessant und wichtig bei Betrachtung der Militärfrage ist in seinen Arbeiten das, was er über den Kapitalwerth der Menschen und von dessen Ausnutzung sagt. Er meint, daß eine innere Scheu die Schriftsteller, und überhaupt alle, von der Betrachtung: was der Mensch kostet, welches Kapital in ihm enthalten ist, abzuhalten scheine. Wir fürchten eine Entwürdigung zu begehen, wenn wir eine solche Betrachtungsweise auf den Menschen anwenden. Aus dieser Scheu entspringt aber Unklarheit und Verworrenheit der Begriffe über einen der wichtigsten Punkte der Nationalökonomie, und andererseits ist es nachgewiesen, daß Freiheit und Würde des Menschen, auch dann, wenn er den Gesetzen des Kapitals unterworfen ist, siegreich bestehen können. Auf die Militärfrage übergehend, sagt Herr v. Thünen, den gewiß Niemand anklagen wird, zu den „Demokraten" zu gehören, welche „weiter nichts anstreben als die Beseitigung des Militärs": „Diese Scheu, den Menschen als Kapital zu betrachten, wird aber besonders im Kriege der Menschheit verderblich; denn hier schont man das Kapital, aber nicht den Menschen, und unbedenklich opfert man im Krieg hundert Menschen in der Blüthe ihrer Jahre auf, um eine Kanone zu retten. In den hundert Menschen geht wenigstens ein zwanzigmal so großes Kapital verloren als in der einen Kanone. Aber die Anschaffung der Kanone verursacht dem Staatsschatz eine Ausgabe, während die Menschen durch einen bloßen Konskriptionsbefehl umsonst wieder zu haben sind. Den zum Soldaten brauchbaren Mann nimmt der Staat wo er ihn findet, ohne der Familie des Mannes, die in ihm vielleicht die einzige Subsistenzquelle verliert, die mindeste Vergütigung zu geben. Wunderbarer Weise lassen dies die Staatsbürger sich ruhig gefallen, während, wenn man Ochsen und Pferde, da wo man sie findet und braucht, ohne Vergütigung wegnähme, sogleich ein allgemeiner Aufruhr ausbrechen würde. Hier wird also das Kapital viel höher geachtet, als der Mensch. Würde der Mensch dem Kapital auch nur gleich geachtet, so müßte der Staat: 1) für jeden im Krieg getödteten Soldaten der Familie desselben die Erziehungskosten vergüten, 2) den zum Krüppel geschossenen Soldaten nicht blos das auf seine Erziehung verwandte, nun vernichtete Kapital, sondern auch den lebenslänglichen Unterhalt bezahlen; 3) dem gesund aus dem Krieg zurückkehrenden Soldaten die Abnutzung seiner Kraft im Geldäquivalent des in der Dienstzeit entgangenen Erwerbes erstatten. Dadurch würden die Kriege unendlich kostbarer werden, aber dies würde zum Heil der Menschheit gereichen. Dann würden die Kriege weit seltener werden, und man würde sie mit weit weniger Menschenopfern führen, weil die Menschen zu kostbar würden. Wären Menschenopfer im Kriege kostbar, so würde auch für die Verpflegung besser gesorgt werden.

„Wohl mag die Vertheidigung des Vaterlandes die erste Pflicht des Staatsbürgers sein, wohl mag der Staat berechtigt sein, von jedem Glied desselben zu fordern, daß es für das Ganze sein Leben opfere, aber nimmermehr hat der Staat das Recht, mit dem Leben eines Familiengliedes auch das Vermögen der Familie in Anspruch zu nehmen und einzuziehen. Nun aber besteht sehr häufig das ganze Vermögen einer Familie in der Arbeitskraft eines Mannes (Landwehr). Nimmt der Staat diesen hinweg, so fehlt den Kindern desselben der Ernährer und Erzieher, und seinen alten hülflosen Eltern ihr Retter von Noth und Elend im Alter. Während dem reichen Gutsbesitzer die für den Militärdienst requirirten Pferde aus dem Staatsschatz bezahlt werden, nimmt man den Armen ihr ganzes Vermögen, ohne nur an eine Vergütigung zu denken. Kann es je eine größere Ungleichheit in der Erhebung der Abgabe geben?"

Theater am Montag.

Opernhaus: Der schwarze Domino. — Schauspielhaus: Die Marquise von Vilette. — Friedrich-Wilhelmsstadt: Die Selige an den Verstorbenen. Flotte Bursche. — Wallner: Fünfzehn Minuten im Zaubersalon. Musikalisch-deklamatorische Abendunterhaltung. Ein vergessener Ballgast. Im Wartesalon 3. Klasse. — Viktoria: Un ballo in maschera. — Woltersdorff: 500,000 Teufel. — Kroll: Von Treu und Nuglisch. Die Sphinx. Unglückliche Familienverhältnisse. Die Kalospinthechromokrene. Tanz. — Vorstadt: Die Macht der Liebe. Eine kranke Familie.

Verlag von Alexander Jonas in Berlin. — Druck von Franz Duncker in Berlin. — Verantwortl. Redakteur u. Herausgeber: Dr. Lewinstein in Berlin.